Unterrichtung

Hannover, den 13.12.2017

Die Präsidentin des Niedersächsischen Landtages
- Landtagsverwaltung -

Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2012

Fehlende Ausrichtung der Landesbildungszentren für Hörgeschädigte auf eine inklusive Gesellschaft

Beschluss des Landtages vom 25.09.2014 (Nr. 15 der Anlage zu Drs. 17/1991)
Antwort der Landesregierung vom 26.11.2014 - Drs. 17/2448
Beschluss des Landtages vom 17.09.2015 (II Nr. 4 d der Anlage zu 17/4193)
Antwort der Landesregierung vom 04.12.2015 - Drs. 17/4857
Beschluss des Landtages vom 12.10.2016 (II Nr. 4 c der Anlage zu Drs. 17/6665 - nachfolgend abgedruckt)

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen nimmt zur Kenntnis, dass die „Zukunftsoffensive Inklusion mit den LBZ“ mit der konstituierenden Sitzung des Steuerungskreises am 28.01.2015 und mehreren Teilprojekten angelaufen ist.

Der Ausschuss erwartet von der Landesregierung, dass im Rahmen des auf zehn Jahre angelegten Gesamtprojekts eine Neuausrichtung der LBZ durch Stärkung und Ausbau der ambulanten Angebote sowie entsprechende Anpassung der stationären Angebote stetig vorangetrieben wird. Auf eine kontinuierliche Umsetzung der sich aus den Teilprojekten ergebenden Änderungen ist hinzuwirken.

Über das Veranlasste ist dem Landtag bis zum 31.12.2017 zu berichten.

Antwort der Landesregierung vom 13.12.2017

Die Antwort der Landesregierung vom 04.12.2015 in der Drucksache 17/4857 wird wie folgt ergänzt:

Mit der „Zukunftsoffensive Inklusion mit den LBZ“ wurde ein Veränderungsprozess für eine grundlegende Neuausrichtung der Landesbildungszentren in Niedersachsen insbesondere unter dem Aspekt der Inklusion eingeleitet.

Aufgrund der dazu weitgehend übereinstimmenden konzeptionellen Fragestellungen wurde das zunächst nur auf den Entwicklungsbedarf der vier Landesbildungszentren für Hörgeschädigte (LBZH) ausgerichtete Projekt im nächsten Schritt noch um das Landesbildungszentrum für Blinde (LBZB) erweitert.

Bei der „Zukunftsoffensive Inklusion mit den LBZ“ werden somit die Bedarfe aller fünf Landesbildungszentren einbezogen. Dabei stehen die Belange der Kinder und Jugendlichen mit einer Sinnesbeeinträchtigung und deren bestmögliche Förderung im Mittelpunkt.

Seit Beginn des auf zehn Jahre angelegten Projektes wurden inzwischen insgesamt sechs Teilprojekte mit jeweils unterschiedlichen Schwerpunkten zur Gestaltung des notwendigen Veränderungsprozesses für die Landesbildungszentren in Niedersachsen auf den Weg gebracht.

Mit dem Teilprojekt „Verwaltung - Optimierung der Geschäftsprozesse“ (TP 1) werden die Organisation der Aufgabenwahrnehmung in den Verwaltungen aller LBZH sowie die Prozesse im Datenabgleich zwischen diesen und dem Niedersächsischen Landesamt für Soziales, Jugend und Familie überprüft. Hierzu wurden bis zum 30.04.2017 im Rahmen eines Praxisprojektes mögliche Verlagerungen von Aufgaben der Verwaltung des LBZH Hildesheim an das LS erprobt. Damit die sich

aus der Praxiserprobung ergebenden Erkenntnisse bzw. Evaluationsergebnisse in das Teilprojekt „Verwaltung - Optimierung der Geschäftsprozesse“ einfließen können, wurde dessen Laufzeitende auf den 31.12.2017 festgelegt.

Ergänzend verfolgt das Teilprojekt „Öffnung des Landesbildungszentrums Hildesheim in die Bildungsregion“ (TP 2) das Ziel, das Interesse der anderen Akteure vor Ort an einer gemeinsamen Weiterentwicklung der Angebote und Konzepte der LBZH unter dem Aspekt zu wecken, welche Angebote in der Bildungsregion gebraucht werden. Langfristig sollen gemeinsam mit diesen unter Beteiligung der Lehrer- und Elternschaft die nötigen weiteren Entwicklungen im Bereich Vorschule, Schule, berufliche Bildung/Reha erarbeitet und vorangebracht werden.

Bereits angelaufen unter Beteiligung aller LBZH sind inzwischen die Teilprojekte „Frühkindliche und vorschulische Bildung hörgeschädigter Kinder in einem inklusiven Bildungssetting“ (TP 3) und „Neustrukturierung der Pädagogisch-Audiologischen Beratungszentren in den Landesbildungszentren für Hörgeschädigte“ (TP 4), deren Projektlaufzeit jeweils auf ein Jahr angelegt ist.

Ziel des Teilprojektes 3 ist, die spezifischen Erfordernisse der frühkindlichen Bildung für Hörgeschädigte und die notwendigen Rahmenbedingungen für eine effektive Hörfrühförderung herauszuarbeiten. Dazu wird nicht nur der aktuelle Bildungskontext in den Blick genommen, sondern es sollen auch die fachlichen Erfordernisse für die Zukunft erarbeitet werden, mit denen eine inklusive gesellschaftliche Teilhabe (z. B. Besuch einer Regelschule) für hörgeschädigte Kinder und Jugendliche realisiert werden kann.

Bei der Feststellung eines Bedarfs an sonderpädagogischer Unterstützung mit dem Schwerpunkt Hören hat die Pädagogische Audiologie einen besonderen Stellenwert für die individuelle Beratung und Förderung. Die Ergebnisse der diagnosegeleiteten Förderung sind eine notwendige Grundlage für die frühen Hilfen (Hörfrühförderung) sowie des Kindergartens für Hörgeschädigte und damit im Weiteren auch für die Beschulung. Im Rahmen des Teilprojektes 4 sollen nunmehr Lösungen erarbeitet werden, um die entsprechenden Pädagogisch-Audiologischen Beratungszentren so umzustrukturieren, dass dort neben der Ermittlung des Hörstatus auch mögliche Auswirkungen auf die Gesamtentwicklung der Kinder und Jugendlichen bei der sonderpädagogischen Diagnostik einbezogen werden können.

Um für sinnesbeeinträchtigte Schülerinnen und Schüler bzw. Auszubildende auch im schulischen Bereich eine bedarfsgerechte Unterstützung und damit maximale Teilhabechancen zu ermöglichen, wurden 2017 zusätzlich die Teilprojekte „Berufliche Bildung sinnesbeeinträchtigter Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildender in einem inklusiven Bildungsumfeld“ (TP 5) und „Entwicklung inklusiver schulischer Angebote in Niedersachsen für Jugendliche mit einer Sinnesbeeinträchtigung in der Sekundarstufe II mit dem Ziel des Erreichens der allgemeinen Hochschulreife durch feste Kooperationen mit Regelschulen“ (TP 6) auf den Weg gebracht. Ziel dieser Teilprojekte ist, für Sinnesbeeinträchtigte unter Nutzung der bei den Landesbildungszentren vorhandenen Fachkompetenzen und Erfahrungen Rahmenbedingungen zu schaffen, die sowohl dem fortschreitenden Inklusionsprozess im schulischen Bereich Rechnung tragen als auch den Zugang zur inklusiven Bildung in den Berufsbildenden Schulen für diesen Personenkreis erleichtern bzw. dem Bedarf an einem gymnasialen Angebot in Niedersachsen gerecht werden.

Der für die Landesbildungszentren notwendige Veränderungsprozess wird von den verschiedenen Gremien der Zukunftsoffensive Inklusion begleitet. Der sich zukünftig nach den Ergebnissen der Teilprojekte jeweils ergebende strukturelle Änderungsbedarf wird kontinuierlich in einem partizipativen Prozess von diesen umgesetzt werden. Je nach Bedarf werden weitere Teilprojekte in den nächsten Jahren zusätzlich initiiert.

Soweit über die auf einen längeren Zeitraum ausgelegten Teilprojekte hinaus kurzfristig Anpassungsbedarf besteht, wird dies durch das Niedersächsische Landesamt für Soziales, Jugend und Familie (LS) als Trägerbehörde und das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (MS) begleitet und werden die Landesbildungszentren bei der Umsetzung unterstützt.

MS befindet sich darüber hinaus im fachlichen Austausch mit MK zu den Möglichkeiten, im Rahmen der Umsetzung der schulischen Inklusion die beim Land durch die Landesbildungszentren schon vorhandenen Fachkompetenzen für den spezifischen Bedarf der sinnesbeeinträchtigten Schülerinnen und Schüler zu nutzen und einzubeziehen.